

Iris Muth

Konflikt im Kaukasus

Die westliche Berichterstattung über den Kaukasus-Krieg konzentriert sich auf den russischen „Aggressor“. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit Georgien als Konfliktpartei wie auch mit der Rolle des Westens in diesem Konflikt findet nur am Rande statt. Für eine Stabilisierung der Region, die nur auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erreicht werden kann, ist indes gerade eine solche Auseinandersetzung wichtig. Aufschlussreich hierfür ist eine Analyse der innenpolitischen Entwicklung Georgiens, der Konfliktodynamiken um Süd-Ossetien und Abchasien ebenso wie der Rolle des Westens, die seine Fehler in der Vergangenheit und daraus zu ziehende mögliche Lehren für die Zukunft aufzeigt. Im vorliegenden Beitrag fasst die Autorin ihre Beobachtungen zusammen, die sie zwischen 2002 und 2006 als Menschenrechtsexpertin für die OSZE in Georgien und Süd-Ossetien sowie anschließend als Kaukasusberaterin für das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit gesammelt hat.

I. Der russisch-georgische Krieg war vorhersehbar

Mag der georgisch-russische Krieg für die westliche Öffentlichkeit auch überraschend gewesen sein, für Beobachter der Region war er es keineswegs. Die ehemals autonomen Republiken Süd-Ossetien und Abchasien, die zu der Sowjetrepublik Georgien gehörten, haben sich 1993/94 nach Ende eines Bürgerkriegs mit Georgien zu *de facto* unabhängigen Republiken entwickelt. Unter dem ehemaligen georgischen Präsidenten *Schewardnadse* kühlte sich der Konflikt ab, die Republiken wurden wirtschaftlich von Russland unterstützt, die georgische Staatsmacht hatte faktisch keinen Einfluss auf die Gebiete. Während Osseten und Georgier vor allem in den ländlichen Gebieten in der Region Süd-Ossetien eher friedlich zusammenlebten, sind nahezu alle Georgier aus Abchasien in das Kernland Georgiens und in die Region Gali innerhalb Abchasiens geflohen. Das Verhältnis zwischen Georgiern und Abchasen war deutlich angespannter als dasjenige zwischen Georgiern und Osseten. Die Geschichten von Gräueltaten während des Bürgerkriegs kursierten auf beiden Seiten. Die Atmosphäre in dem von vielen als „eingefroren“ bezeichneten Konflikt („frozen conflict“) war weiterhin so aufgeheizt, dass selbst ein georgischer Gruß „Gamardschobat“ am falschen Platz in Abchasien den Auslöser zum Todesschuss bedeuten konnte.

Wesentlicher Teil des 1994 vereinbarten Waffenstillstandsabkommens zwischen Georgien, den ethnischen Minderheiten, Russland, den Vereinten Nationen und der OSZE war die Anerkennung der territorialen Integrität Georgiens. Damit war klargestellt, dass Abchasien und Süd Ossetien entsprechend der territorialen Grenzen der georgischen Sowjetrepublik als Teil Georgiens anzuerkennen sind.

Der „Friedensprozess“ im Sinne einer faktischen Reintegration der abtrünnigen Gebiete in das georgische Kernland sollte durch internationale Organisationen unterstützt werden. Die OSZE sollte dabei den „Friedensprozess“ in der georgisch-süd-ossetischen Konfliktzone – so die diplomatische Bezeichnung – und die UN durch UNOMIG denjenigen in der georgisch-abchasischen Konfliktzone federführend beobachten und unterstützen.

Staatspräsident *Saakashvili* hat bereits bei seinem Amtsantritt im Februar 2004 die faktische Zurückgewinnung der abtrünnigen Gebiete als prioritäres Ziel verkündet. Seitdem haben sich die Spannungen stetig verschärft. Spätestens seit Sommer 2006 fanden regelmäßige Scharmützel zwischen Osseten und Georgiern statt. Für die internationalen OSZE-Beobachter war dabei auffällig, dass die regelmäßigen Schießereien erstaunlich wenig (Menschen-)opfer mit sich brachten. Parallel zu der verschärfen Situation in den Konfliktgebieten verschlechterte sich das georgisch-russische Verhältnis.

Die Verhaftung russischer Agenten in Georgien im Sommer 2006 führte zum vorübergehenden Abzug des russischen Botschafters aus Georgien, zu Einreisehindernissen für georgische Staatsbürger und zum wirtschaftlichen Boykott georgischer Produkte, insbesondere der beiden Hauptexportgüter Wein und Mineralwasser. Nicht zuletzt aufgrund der Mitwirkung westlicher Staaten, der EU, der Vereinten Nationen und der OSZE wurden diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder aufgenommen. Das Verhältnis blieb jedoch gespannt; gegenseitige Provokationen bestimmten das Tagesgeschäft. Insbesondere der ehemalige Verteidigungsminister *Irakli Okruaschwili* und der Präsident Georgiens versuchten ihre innergeorgische Popularität zu halten – zum einen durch verbale Angriffe auf das „aggressive und bedrohende Nachbarland im Norden“, zum anderen durch permanente Wiederholungen ihres Wahlversprechens, die vollständige Kontrolle über die abtrünnigen Gebiete zu gewinnen.

II. Kräftemessen statt Versöhnung

Derartige Reden wurden als Warnungen in den abtrünnigen Gebieten verstanden, sie riefen alte Erinnerungen an die 15 Jahre zurückliegenden Bürgerkriege und Ängste vor einem wieder erstarkenden georgischen Nationalismus hervor. Zudem fehlte es an ernsthaften Versuchen, einen Friedensplan auszuhandeln. Bereits 2004 gab es Versuche der georgischen Regierung Süd-Ossetien mit Waffengewalt wieder einzuverleiben. Auch wenn damals ein Krieg größeren Ausmaßes infolge des politischen Drucks aus den USA und der EU verhindert werden konnte, haben diese gewaltsamen Versuche eine friedliche Lösung des Konflikts in weite Ferne gerückt. Ängste vor einem georgischen Aggressor wurden wieder geweckt und sämtliche mit Hilfe der OSZE durchgeführten vertrauensbildenden Maßnahmen waren über Nacht zerstört. Ossetische und georgische Kinder, die noch zuvor gemeinsam in Sonntagsschulen ihre gegenseitigen Sprachen lernten und sich gemeinsam bei Rollenspielen über Demokratie und Menschenrechte vergnügten, kamen nun aufgrund der erneut ausgebrochenen Ressentiments und Ängste nicht mehr zusammen. Schnell übernahmen sie die nun verbreitete Kriegspropaganda und beschimpften sich gegenseitig, sofern sie sich überhaupt noch über den Weg liefen. Dies geschah im Grunde nur noch in den gemischten ossetisch-georgischen Dörfern, da zwischen den rein georgischen und ossetischen Dörfern die Kommunikations- und Handelsverbindungen unterbrochen wurden.

Giorgi Khaindrava, der ehemalige georgische Minister für Konfliktangelegenheiten, war der Einzige in der damaligen georgischen Regierung, der 2004 unter Mitwirkung der OSZE erste Schritte zu einer friedlichen Konfliktlösung startete. Ihm war bewusst, dass eine solche nur mit dem Willen der davon betroffenen Bevölkerung geschehen könne. Daher setzte er vor allem auf vertrauensbildende Maßnahmen und eine wachsende wirtschaftliche und politische Attraktivität Georgiens. Eine Versöhnung zwischen den Ethnien war aufgrund der historisch gewachsenen und insgesamt weiterhin engeren Beziehungen zwischen Osseten und Georgiern aussichtsreicher als eine solche zwischen Georgiern und Abchasen. Daher konzentrierte sich Khaindrava auf eine Konfliktlösung

in Süd-Ossetien. Sein Prozess zur Vereinbarung eines Friedensplanes sah eine Mitwirkung auch der ossetischen Seite vor. Dieser Prozess wurde indes frühzeitig von dem Machtzentrum der georgischen Regierung gestoppt. Dort setzte man weniger auf Vertrauensbildung und Diplomatie als auf harte Maßnahmen. Entsprechend der traditionellen Art im sowjetisch geprägten Kaukasus betrieb man eine Politik des Kräftemessens und der Muskelspiele. Das dabei deutliche Streben nach Rache und Vergeltungsschlägen fand in einer Kultur, die stark durch einen männlichen Ehrenkodex geprägt ist, durchaus Zustimmung. Die Berücksichtigung von Interessen der (ossetischen) Bevölkerung und eine auf Vertrauen basierende Versöhnung waren mit der innerhalb der jungen georgischen Regierung verbreiteten Vorstellung von einem ruhmreichen Sieg der georgischen Nation über die abtrünnigen Gebiete nicht in Einklang zu bringen. Die großzügige militärische Hilfe der US-amerikanischen Freunde entsprach daher auch stärker dem Interesse der georgischen Regierung als das auf Diplomatie und Verhandlungen setzende Vorgehen der EU und der OSZE.

Etwas vereinfacht ausgedrückt bestand das georgische Machtzentrum zu der Zeit vor allem aus vier Männern: dem Staatspräsidenten Saakaschwili, dem Innenminister *Merabishvili*, dem damaligen Verteidigungsminister *Okrushvili* sowie, als graue Eminenz, dem damaligen Wirtschaftsminister *Bendukidze*. Forderungen der Opposition und der Zivilbevölkerung, Merabishvili müsse zurücktreten, nachdem aufgedeckt wurde, dass seine Ehefrau in die Ermordung eines jungen georgischen Bankiers verwickelt war, blieben vom Präsidenten ungehört. Diese offene Unterstützung eines als kriminell angesehenen Ministers durch den Präsidenten verstärkte das Misstrauen der Opposition, eines Großteils der Zivilbevölkerung und internationaler Beobachter gegenüber der georgischen Regierung. Okruashvili verschärfte seine Kriegspropaganda und erhöhte damit seine Popularität.

Etliche Georgier und vor allem Georgierinnen waren zwar kriegsmüde und wünschten sich nichts sehnlicher als ein friedliches, demokratisches Land nach westlichem Vorbild. Doch für viele Georgier, insbesondere für die mehr als 200.000 Flüchtlinge aus Abchasien stellte der faktische Verlust „georgischen Territoriums“, insbesondere des Schwarzmeerparadieses Abchasien, eine offene Wunde dar, die nur durch ein Wiedererlangen des Territoriums geheilt werden könnte. Unter diesen Georgiern wurde Okruashvili mit seinen deutlichen Worten über den baldigen Sieg als Held gefeiert.

Für Saakaschwili wurde Okruashvili damit zunehmend zu einer Gefahr für die weitere Unterstützung durch den Westen einerseits und für seine eigene Herrschaft andererseits. Ende 2007 ließ der Präsident dem Verteidigungsminister durch die Medien mitteilen, dass er fortan nicht mehr für die Verteidigung, sondern für den Handel zuständig sei. Diese Methode der Absetzung und des Austausches von Ministern und die schnelle Verkündung durch die Medien entsprechen ganz der Praxis Saakaschwilis zum Erhalt seiner Herrschaft. Wenige Tage später verkündete Okruashvili, dass der Präsident nicht nur den ehemaligen Premierminister *Zhvania* habe ermorden lassen, sondern zudem in weitere Mord- und Korruptionsfälle verwickelt sei. Der Haftbefehl wegen Verdachts auf Betrug gegen Okruashvili folgte prompt und wurde von der deutschen Polizei während dessen Aufenthalts in München umgesetzt. Der vierte Mann des georgischen Machtzentrums Bendukidze hat sein großes Vermögen Anfang der 90er Jahre im Rahmen der Privatisierung in Russland erworben und vertritt eine radikale neokapitalistische Wirtschaftsideologie. Er ist weiterhin einer der engsten Berater Saakaschwilis.

III. Staatliche Entwicklung Georgiens

Die Mitte der 90er Jahre unter dem Präsidenten Schewardnadse begonnenen Reformen der Staatsorganisation, der Gesetzgebung und der Justiz haben seit der Machtübernahme Saakaschvilis erhebliche Rückschritte erlitten: Menschenrechte wurden zunehmend verletzt. Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, indem kritische Journalisten und Fernsehmoderatoren bedroht und überfallen wurden und staatlich unabhängige Fernsehsender verstärkt staatlichen Repressalien ausgesetzt waren. Der letzte kritisch berichtende Fernsehsender „Imedi“ wurde im Zuge der Berichte über die Novemberproteste Ende 2007 geschlossen. Im August 2008 ließ der Präsident durch das Parlament ein sog. „Desinformationsgesetz“ verabschieden, das kritische Berichte über den georgisch-russischen Krieg unter hohe Strafen stellte.

Die Gefangenenanzahl hat sich unter der Regierungszeit Saakaschvilis etwa verfünffacht; die Verhaftungen erfolgten häufig ohne richterlichen Haftbefehl und unter Missachtung internationaler Strafprozessgrundsätze, wie insbesondere des Rechts auf richterliches Gehör und des Rechts auf ein faires Verfahren. In den völlig überfüllten Gefängnissen wurden teilweise 60 Gefangene – die meisten von ihnen Untersuchungshäftlinge – in 20 qm große Zellen gesperrt. Dementsprechend mussten sich in der Regel drei Gefangene ein Bett teilen, die Sauerstoffversorgung war mangelhaft und die hygienischen Bedingungen menschenunwürdig. Unter den Gefangenen befanden sich zunehmend solche, die sich zuvor kritisch über die Regierung ausgesprochen hatten und solche, die die von der Regierung durchgeführten Enteignungen von Grundstücken und Gewerbebetrieben nicht widerstandslos hinnehmen wollten. Laut UNESCO-Berichten nahm die Anzahl jugendlicher Gefangener, darunter einige unter 14 Jahren, dramatisch zu. Menschenrechtsorganisationen, nationale wie internationale, berichteten von Misshandlungen und Folterung von Häftlingen. Viele Gefängnisse wurden fortan von bewaffneten und maskierten Männern des Innenministeriums kontrolliert. Häftlinge in den beiden größeren Gefängnissen in Tbilisi und Kutaisi berichteten von gewaltsamen Durchsuchungen der Zellen durch maskierte Männer, die sie teilweise aufforderten sich auf dem Gefängnishof zu entkleiden und niederzuknien.

Derartige Maßnahmen dienten vor allem der Einschüchterung und sollten Stärke und hartes Durchgreifen des Staates demonstrieren. Mit einem solchen Vorgehen grenzte man sich bewusst von dem „schwachen Georgien“ unter dem vorherigen Präsidenten Schewardnadse ab. Hartes Durchgreifen und Demonstrieren von Stärke entsprach durchaus dem Wunsch vieler Georgier nach Stabilität und Ordnung. Auch rechtsstaatliche Verstöße nahmen hierfür viele in Kauf – zumindest bis zu einem gewissen Punkt. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese georgische „*law-and-order*-Politik“ im März 2005, als Dutzende schwer bewaffneter und maskierter Truppen des Innenministeriums in das Hauptgefängnis Nr. 5 in Tbilisi eindringen. Was dann genau passierte, bleibt unklar. Klar ist jedoch, dass am Ende dieser Operation mindestens zwölf Häftlinge getötet und Dutzende schwer verletzt wurden. Den Forderungen der OSZE, von Amnesty International und Human Rights Watch nach einer unabhängigen Untersuchung der Ereignisse entgegnete die georgische Regierung mit dem Hinweis, die zuständige Staatsanwaltschaft untersuche den Vorgang – eine Untersuchung, die ins Leere lief und durch geschickte Dementi der georgischen Regierung so lange verzögert wurde, bis sich die allgemeine öffentliche Aufregung gelegt hatte. Der Zugang internationaler Beobachter zu den Gefangenen, die zu viel wussten, wurde zunächst eingeschränkt. Erst auf internationales Drängen wurden OSZE-Beobachter zugelassen, die von einigen mutigen Gefan-

genen die Version des gewaltsamen Eindringens von bewaffneten Truppen auf die völlig überraschten und zum Teil schlafenden Häftlinge erfuhren.

Die rasant gestiegene hohe Anzahl von Häftlingen überforderte die Strafrichter, die zunehmend unter den Druck der Exekutive, insbesondere der Staatsanwaltschaft, gerieten. Die meisten der unabhängigen Richter, die es wagten, dem Gesetz zu folgen und Gefangene ohne hinreichend begründete und nachgewiesene Straftaten freizusprechen, sind mittlerweile aus ihren Ämtern entlassen worden. Unter dem Motto „Kampf gegen die Korruption“ wurden unliebsame Richter, denen angeblich korrupte Machenschaften nicht nachzuweisen waren, aufgefordert, ihre „freiwillige“ Entlassung zu unterzeichnen. Diese Methode war gerade unter den verängstigten erst- und zweitinstanzlichen Richtern recht erfolgreich. Weigerten sich die Richter, wurden sie bedroht oder mit besonderen Anreizen zur Unterzeichnung bewegt. Funktionierte selbst dies nicht, sprach der vom Staatspräsidenten kontrollierte Justizrat ihre Entlassung aus. So geschah es mit fünf Richtern des Obersten Gerichtshofs, die auch bei internationalen Organisationen für ihre Professionalität, Unabhängigkeit und Integrität bekannt waren. Allen Richtern wurde unter vollständiger Fortbezahlung ihrer relativ hohen Gehälter angeboten, von ihrem Richteramt „freigestellt“ zu werden. Die Richter weigerten sich, wurden entlassen und riefen Anfang 2007 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Eine Entscheidung liegt bis heute nicht vor. Der Entlassung der Richter des Obersten Gerichtshofs liegt ein Gesetz zugrunde, welches das Parlament kurz zuvor abgenickt hatte und das dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz wohl kaum standhalten dürfte. Saakaschvili hatte bereits zu Beginn seiner Amtszeit im Februar 2004 dafür gesorgt, dass die Befugnisse des Präsidenten zu Lasten derjenigen des Parlaments in der Verfassung erheblich ausgeweitet wurden.

In seinen Interviews mit westlichen Medien unterstreicht Saakaschvili stets den angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung Georgiens, verweist jedoch nicht mehr auf Erfolge im Bereich Rechtsstaatsentwicklung und Demokratisierung. Rückschritte in diesem Bereich lassen sich offenbar selbst durch den als Medienstar bekannten Präsidenten nur schwer als Erfolge darstellen.

Anders ist es jedoch mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwar sind auch hier Rückschritte deutlich: Der provozierte russische Boykott georgischen Weines bringt die Weinbauern in Existenznöte, die unter Bendukidze forcierte Privatisierung von Wäldern lässt viele Georgier ohne Heizmaterial im Winter, ausländische Investoren schrecken vor den willkürlichen Eingriffen der georgischen Finanzpolizei in erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen zurück. Ein langfristiger Wirtschaftsaufschwung ist damit nicht in Sicht. Die jüngsten Ereignisse werden kaum dazu beitragen, weitere Investoren in das Land zu holen. Dass Saakaschvili dennoch von Erfolgen im Wirtschaftsbereich sprechen kann, gründet sich vor allem auf das tatsächlich gestiegene Bruttoinlandsprodukt Georgiens. Er erwähnt dabei selbstverständlich nicht, dass ein Großteil der Gelder Einmalzahlungen aus den breiten Privatisierungen des Staates – selbst die Regierungsgebäude wurden an kasachische Unternehmer veräußert – und Freikaufzahlungen von willkürlich verhafteten Bürgern bestehen. Auch die großzügigen Hilfsleistungen aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, tragen zu einem nicht unerheblichen kurzfristigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.

IV. Die Rolle des Westens

Mit Saakaschvilis Machtübernahme verbesserte sich das Verhältnis Georgiens zum Westen zunächst rapide. Während das Verhältnis zu einigen westeuropäischen Staaten, wie insbesondere zu Frankreich und zu Deutschland, in den letzten Jahren abkühlte, erhält Saakaschvilis Regierung bis heute starke Unterstützung durch die USA und die osteuropäischen Staaten. Die Machtübernahme bei der sog. „Rosenrevolution“ wäre ohne eine tatkräftige Unterstützung der USA wohl kaum in dieser Form möglich gewesen. Auch hätte sich das System Saakaschwili ohne die US-amerikanische Unterstützung kaum bis heute halten lassen.

Als sich nach der rasanten Verschlechterung der Menschenrechts- und Rechtsstaatssituation in Georgien die internationale Gemeinschaft – westliche Botschaften, OSZE, EU und Europarat – zusammaten, um ein gemeinsames kritisches Statement zu verabschieden, hielt sich die US-Botschaft heraus, einige US-Organisationen, die sich zunächst am Prozess beteiligten, wurden in letzter Minute aus Washington zurückgerufen. Auch unter den anderen westlichen Staaten gab es etliche, die sich mit Kritik an Georgien zurückhielten und es bis heute tun. Einige waren schlicht ungenügend über die Ereignisse informiert, maßen der Entwicklung Georgiens keine Bedeutung bei, andere folgten einfach den US-amerikanischen Einschätzungen über das demokratische und freie Georgien, der „Leuchtturm der Demokratie“ („beacon of democracy“), wie es der US-amerikanische Präsident im Mai 2005 bei seinem Besuch in Tbilisi verkündete. Zögernde Reaktionen der internationalen Organisationen OSZE und NATO lassen sich nicht zuletzt auf den US-amerikanischen Einfluss in diesen Organisationen zurückführen. Der Leiter des Europarates, der es wagte, über einige der negativen Entwicklungen zu berichten, wurde prompt als *persona non grata* des Landes verwiesen. Sein Nachfolger sorgte dafür, dass sich das Verhältnis zwischen Georgien und dem Europarat wieder verbesserte, stellte die Ehefrau des einflussreichen Parlamentariers *Bokeria* ein und hielt sich mit kritischen Berichten gänzlich zurück. Auch die Kompromisse unter den EU-Mitgliedsstaaten ließen einen eindeutigen, auf westlichen Werten basierenden Umgang mit Georgien nicht zu. Diese Politik der doppelten Standards wurde vor allem von Russland bemängelt, da vergleichbare Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen dort – zu Recht – kritisiert wurden.

Dass der Westen insgesamt so lange ein Regime stützte, dessen Politik mit westlichen Werten kaum in Einklang zu bringen ist, basiert sicher nicht nur auf geostrategischen Interessen, sondern auch auf schlicht personal-organisatorischen Gründen. Es braucht viel Zeit, interkulturelle Kompetenz und gute persönliche Beziehungen zu der georgischen Gesellschaft und Politik aufzubauen. Nur mit Kompetenz und Beziehungen besteht eine Chance, einen realistischen Einblick in die georgische Politik zu erhalten. Die wenigen internationalen Beobachter, denen dies nach Jahren gelang, verließen meistens das Land für einen neuen Posten, sobald sie genügend Kenntnis besaßen. Die Nachfolger fingen wieder von vorne an, sich durch das Dickicht der georgischen Politik mit ihren bedeutenden und komplexen Seilschaften zu kämpfen. Eine Realität, in der sich die Wahrheit nur sehr schwer und manchmal nie von weit verbreiteten Verschwörungstheorien und Unwahrheiten trennen lässt. So mag es wenig erstaunen, wenn der Spiegel (Nr. 36) einen mit den OSZE-Berichten vertrauten Diplomaten zitiert: „Saakaschwili hat uns alle zu 100 Prozent belogen, die Europäer und die Amerikaner“. Wie aus einem durchgesickerten OSZE-Bericht hervorging, habe Saakaschwili die ossetische Zivilbevölkerung im Schlaf angreifen lassen. Erst danach rollten russische Panzer durch den Roki-Tunnel. Dies könnte den Tatbestand des Kriegsverbrechens erfüllen.

V. Lehren für den Westen

Die internationalen Organisationen und die westlichen Staaten haben im Umgang mit dem Krisenherd Kaukasus versagt. Viel zu lange hat der Westen beim Wiederaufflammen der Konflikte um Süd-Ossetien und Abchasien weggeschaut – sei es nun, weil sie die Region als zu unbedeutend bewerteten oder weil sie meinten, den georgischen Präsidenten „im Griff“ zu haben. Viel zu schwach und zu spät wurden die negativen Entwicklungen Georgiens in den Bereichen Rechtsstaat und Menschenrechte kritisiert. Doppelte Standards bei der Bewertung von internationalen Rechtsverletzungen schwächen das westliche Wertesystem und die darauf aufbauende Ordnung und Stabilität.

Die EU und insbesondere Deutschland sollten darauf drängen, dass internationales Recht für alle Staaten in gleicher Weise angewandt wird. Die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Westens hängt nicht zuletzt davon ab, wie sehr er sich selbst an der von ihm propagierten Wertordnung orientiert. Für eine zukünftige Stabilität in der Region ist eine rechtsstaatliche Entwicklung, verbunden mit einem langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung, entscheidend. Ein solches Georgien kann nicht nur zum Vorbild für die Nachbarländer werden; für die abtrünnigen Gebiete Süd-Ossetien und Abchasien kann es so konfliktlösende Attraktivität ausstrahlen.

Möglicherweise ist es für diesen Weg nun zu spät. Das für ein Zusammenleben erforderliche Vertrauen wiederaufzubauen, wird wahrscheinlich Generationen brauchen. Nach dem letzten Krieg werden Osseten und Abchasen kaum bereit sein, sich mit dem derzeitigen georgischen Präsidenten an einen Tisch zu setzen.

Der Westen sollte sich auch die derzeitige Gefahr eines innergeorgischen Konfliktes bewusst machen und Präventivmaßnahmen ergreifen. Die georgische Opposition wird voraussichtlich stillhalten, solange russische Truppen Teile Georgiens besetzt halten. Keineswegs auszuschließen ist jedoch, dass sich die Angst, der Verlust (ehemals) georgischen Territoriums und die Enttäuschung breiter Bevölkerungsteile in Georgien gegen Saakaschwili und sein Regime wenden wird, sobald die Gefahr vor dem gemeinsamen Feind Russland als gebannt angesehen wird. Allein mit Geberkonferenzen und weiteren Wiederaufbaumaßnahmen des Westens wird sich keine langfristige Stabilität in der Region herstellen lassen. An großzügigen Finanzhilfen seitens des Westens fehlte es in der Vergangenheit gewiss nicht. Allein die im Frühjahr 2006 durch die EU bereitgestellten 10 Mio. EUR Finanzhilfe für ein OSZE-Wiederaufbauprogramm in Süd-Ossetien haben das Ziel der Konfliktlösung offenbar verfehlt. Ohne klare politische Konditionen und beratende Unterstützung, welche sich an westlichen Werten orientiert, dürften auch die zukünftigen Gelder der geplanten EU-Geberkonferenz ins Leere laufen.